



Presseschau vom 03.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **"Lassen uns nicht mehr einsperren": Straßenkämpfe zwischen Jugendlichen und Polizei in der Schweiz**

Der Protest von etwa 1.000 Jugendlichen im schweizerischen St. Gallen eskalierte am Freitagabend. Die Jugendlichen warfen Böller, die Polizei schoß mit Gummischrot und Tränengas in die Menge – nach eigener Angabe aus "Notwehr". Die Straßenschlacht dauerte mehrere Stunden. ...

<https://kurz.rt.com/2h0l>

de.rt.com: **Botschafter a. D. Frank Elbe: "Die Amerikaner lieben Europa nicht besonders"**

Was kommt nach Trump? Nachdem der neue US-Präsident Joe Biden seit einigen Wochen im Amt ist, traf sich RT DE mit dem Botschafter a. D. Frank Elbe, um zu erfahren, was Deutschland, die Europäische Union und auch Russland von Biden erwarten können. ...

<https://kurz.rt.com/2gzz>

de.rt.com: **"Konzentrationslager"? Besuch bei Alexei Nawalny in der Strafkolonie bei Wladimir**

Seit fünf Wochen befindet sich Alexei Nawalny in einer Strafkolonie. Da er die Haftbedingungen miserabel findet, trat er vor wenigen Tagen in den Hungerstreik. Das Mitglied des Menschenrechtsrates Maria Butina besuchte ihn am nächsten Tag, um sich selbst

ein Bild zu machen. ...

<https://kurz.rt.com/2h14>

de.rt.com: **Reich durch Corona: Wie deutsche Konzerne mit staatlichen Hilfgeldern Kasse machen**

Während viele Millionen Einzelhändler und Gastronomie-Betriebe noch auf die Auszahlung der "Dezemberhilfe" warten, machen andere – etwa Großunternehmen wie Daimler – in der Krise Kasse mit dem Geld vom Staat. Das wird dann oft umgehend als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. ...

<https://kurz.rt.com/2gw1>

abends/nachts:

deu.belte.by: **Tag der Einheit der Völker: Lukaschenko und Putin führten „äußerst inhaltsvolles“ Telefonat**

Die Präsidenten von Russland und Belarus, Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko, haben am 2. April, dem Tag der Einheit der Völker, ein äußerst inhaltsvolles Telefongespräch geführt. Wie der Pressedienst des belarussischen Staatschefs gegenüber BelTA mitteilte, haben die Staatschefs über Probleme, Aufgaben und gemeinsame Ziele gesprochen.

Am frühen Morgen haben sich die Präsidenten der beiden Staaten gegenseitig zum Tag der Einheit der Völker gratuliert. Am Nachmittag sprachen sie nicht nur vom aktuellen Anlass, sondern betonten die Notwendigkeit, im beiderseitigen Interesse die Integrationsprozesse fortzusetzen und die breite Zusammenarbeit zu stärken.

Es fand eher ein Arbeitsgespräch statt, bestätigte der Pressedienst des Präsidenten.

Die Staatsoberhäupter gingen auf die wichtigen und aktuellen Themen ein und diskutierten über die Umsetzung bereits getroffener Vereinbarungen.

„Eines der Hauptthemen des Telefonats war die epidemiologische Situation. Im Mittelpunkt steht die Impfung der Bevölkerung und Herstellung des Impfstoffes. In diesen Bereichen zeigen Belarus und Russland ein positives Beispiel für die enge und produktive Zusammenarbeit“, hieß es aus dem Pressedienst.

Anschließend diskutierten Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin die innenpolitische Situation in den beiden Ländern. Sie erörterten die innenpolitische Lage in Belarus und die aktuellen Bedrohungen, die heute immer öfter aus dem Westen zu hören sind.

Die Präsidenten gingen auch auf die Maßnahmen ein, die im Unionsstaat geplant sind, einschließlich der Sitzung des Obersten Staatsrates und des 8. Forums der Regionen von Belarus und Russland.

Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin widmeten der Tätigkeit des Ständigen Ausschusses des Unionsstaates, seiner Rolle und seiner effektiven Arbeit viel Aufmerksamkeit.

Ein besonderes und wichtiges Thema des Gesprächs waren Schritte zur Wiederaufnahme eines vollwertigen Personen- und Güterverkehrs zwischen den Ländern, insbesondere auf der Schiene. „Im Zuge der Normalisierung des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens rechnet die Republik Belarus damit, dass die Reiseeinschränkungen so bald wie möglich aufgehoben werden“, so der Pressedienst.

„Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Handel, die Arbeit der Massenmedien und die Kooperation im Bereich der Informationssicherheit“, teilte der Pressedienst mit.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1617377342_56734_big.jpg

lug-info.com: **Die Kiewer Truppen beschießen Solotoje-5 und Perwomajsk mit Artilleriegeschützen**, die örtlichen Einwohnern sind gezwungen in den Kellern Schutz zu suchen. Darüber berichten Augenzeugen.

Eine örtliche Einwohnerin unterstrich, dass die Kiewer Truppen über den Tag hinweg „hohe Aktivität“ zeigen.

„Seit dem Morgen, tagsüber, gegen 13:00 Uhr, gab es eine Serie von Schüssen, Um 21:45 Uhr, abends, wie immer, haben die Ukrofaschisten den Beschuss mit großkalibriger Artillerie begonnen.

Grollende, sehr laute Geräusche sind im Gebiet von Solotoje-5 zu hören“, sagte sie und unterstrich, dass die örtlichen Einwohner während des ganzen Tages gezwungen waren, sich im Keller in Sicherheit zu bringen.

Die Frau fügte hinzu, dass auch die Umgebung von Perwomajsk eine halbe Stunde lang von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen wurde.

„Unsere Soldaten halten das ‚Regime der Ruhe ein‘, es gibt absolut keine ‚Antworten‘, aber jene Seite kommt nicht zu Ruhe“, fügte sie hinzu.

de.rt.com: **Israelische Firma unterzeichnet ohne Wissen der Regierung Absichtserklärung mit chinesischer Firma**

Ein israelisches Unternehmen, das an einem Projekt der Zivilluftfahrt beteiligt ist, hat ohne Wissen der Regierung eine Absichtserklärung mit einem chinesischen Staatsunternehmen unterzeichnet. Die betreffende chinesische Firma steht auf der US-Sanktionsliste.

Ein israelisches Unternehmen, das an einem Projekt der Zivilluftfahrt beteiligt ist, hat eine Absichtserklärung mit einem chinesischen Staatsunternehmen für ein sensibles Projekt ohne Wissen des Verteidigungsministeriums unterzeichnet, meldet Haaretz.

Die israelische Firma Airpark war im Jahr 2019 vom Ministerium mit dem Bau einer Produktionsstätte für zivile Flugzeuge in der Nähe von Militärflugplatz Ovda im Süden Israels beauftragt worden. Sie unterzeichnete jedoch später eine Absichtserklärung mit der staatlichen chinesischen Commercial Aircraft Corporation (Comac). Die Vereinbarung zwischen dem Verteidigungsministerium und Airpark bietet dem Unternehmen Zugang zum Luftwaffenstützpunkt sowie Unterstützung und Dienstleistungen beim Aufbau der zivilen Einrichtung.

Die Unterzeichnung der Absichtserklärung mit Comac erfolgt auch vor dem Hintergrund wachsender Kritik der US-Regierung, die mehrfach vor einer Ausweitung des chinesischen Einflusses in Israel gewarnt hat. Im Januar wurde Comac auf die Liste der Unternehmen

aufgenommen, mit denen die ehemalige Trump-Regierung den US-Amerikanern aufgrund ihrer Verbindungen zur chinesischen Armee die Zusammenarbeit untersagt hatte. Die Aviation Industry Corporation of China (AVIC), ein Comac-Aktionär, der ebenfalls auf der Schwarzen Liste der USA steht, ist von strengeren Sanktionen betroffen, einschließlich Beschränkungen des Zugangs zu amerikanischer Technologie, die sich auf Comac auswirken könnten, da einige Flugzeugteile in China auf amerikanische Importe angewiesen sind. Die nicht namentlich genannten Beamten im israelischen Verteidigungsministerium teilten Haaretz mit, dass ihnen die Unterzeichnung der Absichtserklärung nicht bekannt sei und dass das Büro des Premierministers und der Nationale Sicherheitsrat ebenfalls nicht über das Abkommen informiert worden seien.

Ein Sicherheitsbeamter erklärte Haaretz, dass die Beteiligung von Comac an der zivilen Einrichtung neben dem möglichen Sicherheitsrisiko, das sich daraus ergibt, auch die Beziehungen Israels zu den USA gefährden könnte. Die US-Regierung hat sich in den letzten Jahren mehrfach gegen wirtschaftliche Beziehungen Israels zu chinesischen Unternehmen ausgesprochen.

Ein im letzten Jahr veröffentlichter Bericht des RAND-Forschungsinstituts für das US-Verteidigungsministerium warnte davor, dass die chinesische Regierung möglicherweise von chinesischen Unternehmen, die in Israel geschäftlich tätig sind, verlangt, Informationen mit der iranischen Regierung auszutauschen, da China enge Beziehungen zum Iran unterhält.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6065b24eb480cc3e014ebe6a.jpg>

Mil-Inr.info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 3. April 2021

Die ukrainische Seite setzt die Eskalation des Konflikts fort und beschießt das Territorium der LVR.

In **Richtung Popasnaja** haben die ukrainischen Straftruppen von den Positionen der 59. Brigade im Gebiet von Troizkoje auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow und von den Positionen der 92. Brigade im Gebiet von Popasnaja auf persönliche Anweisung des Verbrechers Fedossenko das Feuer auf **Kalinowo-Borschtschewatoje** eröffnet, zum ersten Mal seit dem Inkrafttreten der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung wurde Artillerie des Kalibers 122mm- eingesetzt. Insgesamt wurden 16 Artilleriegranaten auf die Positionen der Verteidiger der Republik abgefeuert.

Zur Gewährleistung der Sicherheit der Zivilbevölkerung der Republik **waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer auf die Positionen des Gegners**, von denen das Feuer erfolgte, mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen **zu eröffnen**. Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um Beschuldigungen der Volksrepublik in Bezug

auf Provokationen zu verhindern.

Wir rufen die internationalen Beobachter und die Führung der OSZE auf, diesen weiteren Fall grober Verletzung des Waffenstillstands durch die ukrainische Seite zu registrieren.

snanews.de: **Iran-Atomabkommen: Neue Gespräche über Rückkehr der USA im Visier**

Nach monatelangem Stillstand im Streit über das Atom-Abkommen 2015 mit dem Iran deutet sich Bewegung an. Die Gespräche über die Rettung des Deals und eine mögliche Rückkehr der USA sollen am Dienstag in Wien erneut starten. Dies teilten der Iran und die EU am Freitag nach einer Videokonferenz mit.

An den Gesprächen sind derzeit alle Länder beteiligt, die noch im Abkommen verblieben sind: Dazu gehören neben dem Iran Deutschland, China, Frankreich, Russland und Großbritannien.

Nach Wien sollen auch US-Vertreter kommen. Für den Iran sei ein direktes Gespräch mit den USA derzeit nicht möglich, hieß es laut der Deutschen Presse-Agentur aus diplomatischen Kreisen. Teheran sei in dieser Haltung sehr fest. „Ich gehe von durchaus schwierigen Gesprächen aus“, sagte ein europäischer Diplomat. Ein EU-Vertreter rechnete mit einer Dauer der Bemühungen von mehr als zwei Wochen, aber weniger als zwei Monaten.

Irans Vizeaußenminister Abbas Araghchi sagte am Freitag, die Verhandlungen würden seriös und offen geführt. Der russische Botschafter bei der internationalen Atomenergiebehörde IAEA, Michail Uljanow, twitterte, man sei auf einem guten Weg. Die EU-Kommission teilte mit, kommende Woche solle es um eine "klare Identifizierung" von Schritten zur Aufhebung von Sanktionen gegen den Iran und zur Umsetzung des Atomabkommens gehen.

Bundesaußenminister Heiko Maas mahnte in Berlin: „Wir haben keine Zeit zu verlieren.“ Er betonte auch: „Ein wieder vollumfänglich respektiertes Abkommen wäre ein Plus an Sicherheit für die ganze Region und die beste Grundlage für Gespräche über andere wichtige Fragen der regionalen Stabilität.“

USA „zu gegenseitigen Schritten“ bereit

Das US-Außenministerium hatte das Treffen der verbliebenen internationalen Vertragspartner mit dem Iran vorab begrüßt. Sprecher Ned Price sagte am Donnerstag (Ortszeit): „Wir machen seit Wochen klar, dass wir bereit sind, zu einer Einhaltung unserer Verpflichtungen unter dem JCPOA zurückzukehren, wenn Iran dies ebenfalls tut.“ Man suche nach dem besten Weg, dies durch kleine Schritte auf Gegenseitigkeit zu erreichen sei. Dabei setze man auch auf indirekte Gespräche mit Hilfe der europäischen Partner.

Der iranische Präsident Ruhani hatte diese Woche erneut betont, dass die USA „binnen eines Tages“ zu dem Deal zurückkehren und die Sanktionen gegen den Iran aufheben könnten. In dem Fall würde auch der Iran seine Verpflichtungen aus dem Vertrag von 2015 wieder einhalten, sagte der iranische Präsident.

Nach dem Amtsantritt Joe Bidens als 46. Präsident der Vereinigten Staaten im Januar hatte seine Administration dem Iran Verhandlungen über eine Rückkehr zum Atomabkommen vorgeschlagen, aus dem die USA unter Bidens Vorgänger Donald Trump ausgestiegen waren. US-Außenminister Antony Blinken forderte Teheran auf, den ersten Schritt zu tun. Die iranische Regierung erklärte sich bereit, ihre ausgesetzten Verpflichtungen aus dem internationalen Atomabkommen zu erfüllen, aber nur, wenn zuerst die erneut verhängten Sanktionen fallen würden.

Der 2015 international vereinbarte Gemeinsame umfassende Aktionsplan sollte Teheran eine friedliche Nutzung der Kernkraft gestatten, aber die Entwicklung von Kernwaffen verwehren. Darin verpflichtete sich der Iran, sein Atomprogramm herunterzufahren; im Gegenzug sollten die Wirtschaftssanktionen der Uno, der USA und der EU aufgehoben werden.

Im Mai 2018 stiegen die Vereinigten Staaten einseitig aus dem Deal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran. Daraufhin kündigte der Iran eine etappenweise Abkehr von seinen Verpflichtungen ab 2019 an.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/1e/1496666_0:104:3147:1874_1440x0_80_0_0_a3591976be1a96ba7aab5ce339d33f1b.jpg

de.rt.com: **Russland registriert Blutplasma-basiertes Medikament gegen COVID-19**

Das russische Gesundheitsministerium hat das weltweit erste spezifische Immunglobulin gegen das Coronavirus registriert, das auf dem Blutplasma genesener COVID-19-Patienten basiert. Die zweite und dritte Phase der Studie soll im April erfolgen.

Russland hat das weltweit erste spezifische Immunglobulin gegen das Coronavirus registriert. Dieses wurde auf der Basis des Blutplasmas der genesenen COVID-19-Patienten entwickelt. Das Medikament wurde von der Pharmaholding Nacimbio produziert. Dies teilte die Staatsgesellschaft Rostec, zu der Nacimbio gehört, am Donnerstag mit:

"Das Gesundheitsministerium hat die Verwendung des spezifischen Immunglobulins zur Behandlung des Coronavirus genehmigt. COVID-globulin ist das weltweit erste registrierte Medikament gegen COVID-19 dieses Typs."

Rostec stellte klar, dass das Medikament auf der Basis des Blutplasmas von Moskauern hergestellt wurde, für das 2,5 Tonnen Biomaterial benötigt wurden. COVID-globulin ist ein Arzneimittel, das auf Blutplasma von Menschen basiert, die bereits das Coronavirus überstanden und Antikörper dagegen entwickelten. Die Verabreichung des Arzneimittels helfe dem Körper, die Krankheit zu überwinden, und lehre das menschliche Immunsystem, schnell selbst Antikörper zu bilden, heißt es in der Mitteilung. Der Chef von Rostec Sergei Tschemesow betonte:

"In der Tat wird unser Land eines der ersten der Welt sein, das beide Formen der Immunisierung gegen das Coronavirus anwenden kann – passive (Immunglobulin) und aktive (Impfstoff)."

Bald soll noch die zweite und dritte Phase der klinischen Studie erfolgen. Diese sollen rund sechs Monate in Anspruch nehmen. COVID-globulin wird nur im Rahmen der Forschung in Moskauer Krankenhäusern verwendet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6065e6a948fbef7fde259b73.jpg>

vormittags:

sputnik.by: **Krawtschuk griff Weißrussland und Russland scharf an**

Vor dem Hintergrund der verschärften Situation in der Konfliktzone im Südosten der Ukraine sucht Kiew weiterhin nach Möglichkeiten, die Minsker Abkommen nicht zu erfüllen.

Der ehemalige Präsident der Ukraine, Kiews Vertreter in der Kontaktgruppe zum Donbass Leonid Kravchuk, sagte, die Ukraine sei heute für Russland, „ein Feind“ und Weißrussland ein „Lakai“.

„Wie Solschenizyn sagte: ‚Russland hat keine Freunde, es hat entweder Feinde oder Lakaien.‘
"Heute ist der Feind die Ukraine und der Lakai Weißrussland. Und das ist offensichtlich",
sagte Krawtschuk in einer Sendung des ukrainischen Fernsehens.

Ihm zufolge lohne es sich nicht, die Situation zu dramatisieren, dass „ein Krieg vor der Tür steht“, aber die Ukraine müsse „jede Minute“ ihre Verteidigung stärken, „die Einheit der Gesellschaft stärken, aufhören zu streiten, wo ein nationales Interesse besteht - und das erreicht Frieden und überwindet das Coronavirus.“...

Dies ist nicht die erste harte Aussage von Krawtschuk gegen Russland. Zuvor hatte der ehemalige ukrainische Präsident Moskau mit „radikalen Schritten“ gedroht, wenn es sich nicht als Partei des Konflikts in Donbass anerkenne.

Gleichzeitig hat Moskau wiederholt erklärt, dass Russland keine Partei des ukrainischen Konflikts ist und keinen Waffenstillstand in Donbass gewährleisten kann.

„Russland kann seinen Einfluss nutzen. Ich wiederhole, Russland ist keine Partei dieses Konflikts, dabei handelt es sich um einen Waffenstillstand. Er betrifft diejenigen Parteien, die auf der Trennungslinie stehen: die ukrainischen Streitkräfte und die Kräfte der Selbstproklamierten Republiken, die von der Ukraine nicht anerkannt wurden“, kommentierte der Kremlsprecher Dmitri Peskow die Worte von Krawtschuk.

Die Situation im Südosten der Ukraine eskalierte Ende März, als vier Soldaten der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe des Dorfes Shumy getötet wurden. In Kiew beeilte man sich, Donezk dies vorzuwerfen, die DVR bestritt jedoch ihre Beteiligung und sagte, die Soldaten seien bei der Untersuchung von Minenfeldern in die Luft gesprengt worden.

Nach dem regelmäßigen Treffens der Kontaktgruppe in dieser Woche erklärte der Bevollmächtigte der Russischen Föderation, Boris Gryslow, dass Kiew die politischen Verpflichtungen, die es aus den Minsker Abkommen übernommen habe, nicht erfülle. Ihm zufolge sei der politische Ruf der ukrainischen Seite im Verhandlungsprozess nahe Null. Und die Position der Ukraine zu Sicherheitsfragen in der Konfliktzone sei unverantwortlich und

zynisch.

Zuvor sagte Peskow, dass der Kreml seine Besorgnis darüber zum Ausdruck bringe, dass die ukrainische Seite im Südosten der Ukraine provokative Maßnahmen ergreifen könnte, die eine Gefahr eines Bürgerkriegs darstellen würden.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e5/04/03/1047295840.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 2. April 2021 wurden **6 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

7:50 Uhr Nowotoschkowskoje – **Golubowskoje**: automatische Granatwerfer (15 Schüsse). In der Folge dieses Beschusses wurde ein Soldat der Volksmiliz tödlich verletzt.

11:40 Uhr Solotoje-4 – **Solotoje-5**: Antipanzergrenatwerfer (7 Schüsse);

12:05 Uhr Solotoje-4 – Solotoje-5: Antipanzergrenatwerfer (5 Schüsse);

12:55 Uhr Swetlodarsk – **Losowoje**: Mörser 82mm (3 Mörsergeschosse);

21:45 Uhr Troizkoje – **Kalinowo Borschtschewatoje**: Artilleriegeschütz 122mm (14 Geschosse);

23:00 Uhr Popasnaja – Kalinowo Borschtschewatoje: Artilleriegeschütz 122mm (2 Geschosse).

Weitere Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

rusvesna.su: **Die Vereinigten Staaten haben das Recht, am "Normandie-Format" teilzunehmen - Vizepremier der Ukraine**

Der stellvertretende Ministerpräsident der Ukraine, Minister für "vorübergehend besetzte Gebiete" Aleksej Resnikow, sagte, dass die Vereinigten Staaten das Recht hätten, an Verhandlungen über den Donbass im Rahmen des "Normandie-Formats" und der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) teilzunehmen.

„Die Vereinigten Staaten sind Mitglied der OSZE, einschließlich eines Gebers der OSZE, da sie wie andere OSZE-Länder ihre Beiträge dort zahlen.

Daher können die Vereinigten Staaten heute als Mitglied des Budapester Memorandums, und dies ist ihr moralisches und juristisches Recht, beginnen, sowohl im ‚Normandie-Format‘ als auch auf der Ebene der Botschafter und Koordinatoren der TKG, zu arbeiten“ lautete Resnikows seltsame Schlussfolgerung im ukrainischen Fernsehen am Abend des 2. April.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/yadernoe_oruzhie_ssha_2.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 2. April 3:00 Uhr bis 3. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 8.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Mörser 120mm – 6-mal (45 Mörsergeschosse); Schützenpanzer – einmal (10 Schüsse); Antipanzergrenatwerfer – einmal (4 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgender Bezirke: **Donezk (Stadtteil Oktjabrskij, Volvo-Zentrum), Spartak, Jakowlewka, Staromichajlowka.**

Um 13:00 Uhr wurde ein Brand im Gebiet von Awdejewka (Truppenteil) festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 59.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 3 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Lawrow: Konfrontation mit USA hat "Tiefpunkt erreicht" – US-Diplomaten beschuldigen Russland

Die USA dementieren, dass Washington für die jüngste Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau die Verantwortung trage. Der russische Außenminister Sergei Lawrow betont, die Konfrontation zwischen beiden Staaten habe "den Tiefpunkt erreicht".

Die Konfrontation zwischen Russland und den USA habe "den Tiefpunkt erreicht", aber Moskau erwarte, dass die Vernunft in Washington doch überwiegen werde. Dies erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Donnerstag im russischen Fernsehen. Der russische Chefdiplomat betonte:

"Dies ist keineswegs eine Neuheit: Joe Biden wurde zum Präsidenten, begann Sanktionen gegen Russland zu verhängen, die Rhetorik zu verschärfen und allgemein Druck auf alle Fronten auszuüben. Dies dauert seit vielen Jahren an."

Das US-Außenministerium dementiert, dass Washington für die jüngste Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau verantwortlich ist. Zuvor hatte US-Präsident Joe Biden eine neue diplomatische Auseinandersetzung ausgelöst, indem er auf die Frage, ob sein russischer Amtskollege ein "Mörder" sei, positiv antwortete.

Während des Briefings am Donnerstag erklärte der Sprecher des US-Außenministeriums Ned

Price, dass Russland an den Spannungen in den Beziehungen zwischen Moskau und Washington schuld sei. Er wies auf "Russlands Angriff auf unsere Demokratie im Jahr 2016 und in jüngerer Zeit im Jahr 2020" sowie auf die "Hackerangriffe auf US-amerikanische Computernetzwerke" hin.

Außerdem verwies Price auf die Inhaftierung des Oppositionellen Alexei Nawalny und die anschließende Verhaftung von Pro-Nawalny-Demonstranten als Vorwand für die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staaten. Price fügte jedoch hinzu:

"Wenn es Bereiche für eine mögliche Zusammenarbeit gibt, Bereiche, die in unserem – der USA – nationalen Interesse liegen, werden wir dies tun."

Von einem Fernsehmoderator gefragt, ob er den russischen Präsidenten Wladimir Putin für "einen Mörder" halte, antwortete Biden: "Das tue ich". Biden beschrieb den russischen Präsidenten zudem als seelenlos. Dieser Vorfall löste in Moskau heftige Kritik aus. Der russische Botschafter in den USA, Anatolij Antonow, wurde zurückgerufen und bleibt vorläufig in Moskau.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/60672eab48fbef32c90befd7.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 3. April um 9:00 Uhr 3781 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 3125 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 328 Todesfälle.

de.rt.com: **Russland will die Nördliche Seeroute subventionieren**

Die russische Regierung plant, die Nördliche Seeroute zu einer Alternative zum Suezkanal zu machen. Der stellvertretende Premierminister des Landes verkündete, dass staatliche Subventionen genutzt werden könnten, um die Transportkosten für die Route zu senken. Die sogenannte Nordostpassage, eine Schifffahrtsroute mit einer Länge von 3.500 Meilen, erstreckt sich fast über die gesamte Küstenlänge Russlands. Sie hat sich in den vergangenen Jahren zu einem kommerziell profitablen Weg für Schiffe entwickelt, da die schmelzenden Eiskappen der Arktis Platz für die Durchfahrt großer Schiffe machen. Außerdem ist der Weg auf dem Transit von Ostasien nach Europa deutlich kürzer als die traditionelle Route durch den Suezkanal.

Im Jahr 2017 fuhr zum ersten Mal ein kommerzieller Flüssigerdgas-Tanker durch die Nordostpassage, ohne dass ein spezieller Eisbrecher eingesetzt werden musste.

Am Mittwoch erklärte der stellvertretende russische Premierminister Juri Trutnew, dass der Staat dabei helfen könnte, die Kosten für den Transport durch die Nördliche Seeroute zu senken, da das Land vom sinkenden Vertrauen in den ägyptischen Suezkanal nach der sechstägigen Blockade durch die Ever Given profitieren möchte. Die riesige Ever Given lief

auf Grund und blockierte die Zufahrt für weitere Schiffe, was zu einem Stau von mehreren Hundert Containerschiffen führte. Trutnew erklärte:

"Ich denke, die ganze Welt hatte das Gefühl, dass es gut wäre, eine Backup-Option zu haben. Und es gibt nur eine Option: die Nördliche Seeroute."

Der Suezkanal gewinnt in Bezug auf die Menge der transportierten Fracht und der Transportzeiten zunehmend an Bedeutung, so der Politiker. Derzeit ist der Transport durch die Route im Norden Russlands 30 Prozent teurer als durch den Suezkanal. Der Vize-Premierminister stellte fest:

"Wir müssen den Gütertransport über den Nördlichen Seeweg billiger machen. Wenn dies ein separates Regierungsprogramm und eine separate Unterstützung erfordert, sollte es gemacht werden."

Vergangenes Jahr erklärte Trutnew, Russland werde seine Eisbrecherflotte weiter ausbauen, um die Route ganzjährig passierbar zu halten. Er äußerte zudem Interesse an ausländischen Investitionen in Häfen entlang der arktischen Küste und wies darauf hin, dass die gesamte russische Arktisregion zu einer Sonderwirtschaftszone mit Steueranreizen gemacht werden soll.

In einem Gespräch mit der Zeitung Nesawissimaja Gaseta erklärte der Seeverkehrsexperte Alexander Bujanow, dass der Zwischenfall mit der Ever Given der Welt gezeigt habe, dass man alternative Routen schaffen müsse. Er hob hervor:

"Im Moment bleibt der Nördliche Seeweg schwierig und unberechenbar für Frachteeigentümer und Flottenbetreiber."

"Es scheint mir, dass russische Unternehmen die Initiative ergreifen und der ganzen Welt zeigen sollten, wie bequem es ist, die Route ganzjährig zu nutzen."



<https://cdn.rtl.com/deutsch/images/2021.04/original/6067079b48fbef3310635ed6.png>

Mzdnr.ru: Am 2. April wurden in der DVR 428 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 164 positiv, bei 55 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt. Am 3. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 29.592 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6103 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 21.223 als gesund entlassen, es gibt 2266 Todesfälle.

Im Ergebnis von 99 Expressstests wurden 49 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 651 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

rusvesna.su: **Das deutsche Außenministerium gab eine Erklärung zur Verschlechterung der Lage im Donbass ab**

Bundesaußenminister Heiko Maas sagte, Berlin beobachte "Situationen an der russisch-ukrainischen Grenze" und bezog sich auf die Situation im Donbass.

„Wir beobachten die Situation an der Grenze zwischen der Ukraine und Russland genau. Wir stimmen mit der Ukraine darin überein, dass die Deeskalation jetzt äußerst wichtig ist, um den Waffenstillstand nicht zu gefährden“, hieß es vom Außenministerium der BRD auf Twitter. Der ukrainische Außenminister Dmitrij Kuleba beeilte sich, Deutschland "für seine Unterstützung" zu danken.

„Ich hatte ein Telefongespräch mit meinem deutschen Kollegen und Freund Heiko Maas. Ich bedankte mich bei Deutschland für seine Unterstützung und die Versicherung der Loyalität gegenüber dem politischen und diplomatischen Weg der Ukraine zur Entbesetzung ukrainischer Gebiete“, schrieb der Außenminister der Ukraine.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/ukraina_frg.jpg

nachmittags:

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen Strafruppen setzen den Terror gegen die friedliche Bevölkerung der Republik fort, indem sie zielgerichtet die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung verletzen und die Normen der Genfer Konvention und des humanitären Rechts ignorieren.

So haben Kämpfer der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Anführers Schapowalow eine **Drohne eingesetzt, die mit einer selbstgebauten Sprengvorrichtung beladen war**. Als Objekt für den Terrorakt wählten die ukrainischen Kämpfer ein **Wohngebiet von Alexandrowka**, wo sie die Sprengvorrichtung in der Nähe eines Hauses abwarfen.

Zu diesem Zeitpunkt befanden sich zwei Einwohner im Hof. Infolge der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer **starb ein Kind, geb. 2016, und eine örtliche**

Einwohnerin, geb. 1954, erlitt unterschiedlich schwere Verletzungen und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, wo ihr alle notwendige ärztliche Behandlung geleistet wurde. Seit der neuen Verschärfung der Aggression Kiews gegen den Donbass ist das **bereits das zweite Opfer, das infolge eines Terrorakts**, der von ukrainischen Kämpfern organisiert wurde, **starb**. Und mit Trauer müssen wir feststellen, dass dieses Mal ein Kind von ihrer Hand starb.

Die Materialien zu dem terroristischen Akt werden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 59. Brigade Schapowalow hinzuzufügen.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, diese verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Streitkräfte, ihren Terror gegen die Zivilbevölkerung des Donbass, zu registrieren sowie die ukrainische Führung zur Einstellung der Morde an unschuldigen Menschen zu zwingen.

Außerdem meinen wir, dass die Vertreter der OSZE-Mission von der ukrainischen Seite eine detaillierte Ermittlung zu diesem Fall fordern müssen, wobei alle schuldigen Funktionsträger angegeben werden, entsprechend dem vierten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands, um sie strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Wir fordern von den ukrainischen Kämpfern, von der Ausführung der verbrecherischen Befehle des Kommandos Abstand zunehmen, wir erinnern daran, dass Kriegsverbrechen keine Verjährungsfrist haben.

de.rt.com: **Donbass unter Artilleriebeschuss: Biden verspricht Ukraine "unerschütterliche Unterstützung"**

Der US-Präsident telefonierte mit dem ukrainischen Präsidenten und bot Kiew unerschütterliche Unterstützung in einer möglichen Auseinandersetzung mit russischen Truppen an der Grenze an. Gleichzeitig nahm die Ukraine ihren Artilleriebeschuss des Donbass wieder auf.

Die USA gelten seit dem Putsch in der Ukraine im Februar 2014 als mächtigster Verbündeter Kiews. Die Beziehungen wurden jedoch von der unwilligen Beteiligung der Ukraine an den Ereignissen überschattet, die zum ersten Amtsenthebungsverfahren des damaligen US-Präsidenten Donald Trump geführt hatten.

Am Freitag kam es zum ersten offiziellen Telefongespräch zwischen US-Präsident Joe Biden und seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij. Das Gespräch kam zustande, nachdem westliche Nationen und das transatlantische Militärbündnis NATO ihre Besorgnis über russische Truppenbewegungen in der Nähe zur Grenze mit der Ukraine zum Ausdruck gebracht hatten. In einer Erklärung Washingtons heißt es:

"Präsident Biden bekräftigte die unerschütterliche Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine angesichts der anhaltenden Aggression Russlands im Donbass und auf der Krim."

Laut Selenskij Stabschef soll das Gespräch etwa 50 Minuten gedauert haben. Anschließend vermeldete der ukrainische Präsident in einer Videoerklärung:

"Wir haben die Situation im Donbass im Detail besprochen. Präsident Biden versicherte mir, dass die Ukraine gegen die russische Aggression niemals allein gelassen wird."

Russland hatte zuvor vor einem NATO-Einsatz sowie davor gewarnt, dass eine Eskalation im Donbass die Ukraine "zerstören" könnte. Medienberichten zufolge hat die ukrainische Armee damit begonnen, Truppen für eine Offensive gegen die in Folge des Putsches für unabhängig erklärten Volksrepubliken von Donezk (DNR) und Lugansk (LNR) im Osten der Ukraine zusammenzuziehen.

Laut DNR- und LNR-Beamten haben die ukrainischen Streitkräfte in den letzten Tagen

mehrmals zivile Objekte mit schwerer Artillerie beschossen, was gemäß dem Minsk-2-Abkommen verboten ist. Fast täglich werde der nur noch auf dem Papier bestehende Waffenstillstand von der ukrainischen Armee unterbrochen, lautet der Vorwurf.

RT DE befragte Natalia Nikonorowa, Außenministerin der völkerrechtlich nicht anerkannten Volksrepublik Donezk, was sie von Deutschland und Frankreich als Garantmächte Kiews gemäß dem nach wie vor gültigen Minsk-2-Abkommen erwartet:

"Die Garanten der Minsker Abkommen üben eine umfassende Kontrolle und Koordination darüber aus, wie diese Abkommen umgesetzt werden. Aufgrund dieser Funktion erwarten wir von Frankreich und Deutschland, dass sie die offensichtliche Tatsache festhalten, dass die Ukraine die Minsker Abkommen nicht einhält. Sie hält sie in keinem Bereich ein – und die politische Beilegung wird von Kiew vollständig blockiert.

Ähnlich destruktiv ist die Lage in Bezug auf die Sicherheit: Allein im März haben die bewaffneten Formationen der Ukraine mehr als 120-mal gegen den Waffenstillstand verstoßen. Ein unschuldiger älterer Mann wurde durch einen Schuss eines ukrainischen Scharfschützen getötet, über 20 Häuser wurden beschädigt.

Unter diesen Umständen ist es für die Schutzmächte unerlässlich, alle ihnen zur Verfügung stehenden Druckmittel gegenüber den ukrainischen Behörden zu nutzen, um den Grad der Spannungen endlich zu senken und Kiew in den diplomatischen Rahmen zurückzuholen." Obwohl das im Februar 2015 unterzeichnete Minsk-2-Abkommen unter Beteiligung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und dem damaligen französischen Präsidenten François Hollande ausgehandelt worden war, blieb der Einfluss auf Kiew zur Umsetzung der vereinbarten Punkte in der Folge aus. Stattdessen rüstete die Ukraine trotz schwerer Wirtschaftskrise massiv auf und bereitet sich auf eine Offensive im Osten des Landes vor, wie der Oberkommandeur der ukrainischen Streitkräfte Ruslan Chomtschak in einem Interview bestätigte. Derweil wird von ukrainischen Soldaten ein Video in sozialen Netzwerken geteilt, das angeblich ukrainische Truppen zeigt, die mobilisiert wurden und an die Grenze geflogen werden. An der Uniform eines der Soldaten ist ein Emblem zu sehen, das an die SS-Totenkopfdivision erinnert.

Am Freitag soll ein militärisches US-Transportflugzeug von der Ramstein Air Base in Deutschland nach Kiew geflogen sein. Ob Soldaten oder Ausrüstung an Bord waren, bleibt unklar. Gemäß einem Beschluss des ukrainischen Parlaments dürfen sich in diesem Jahr für Übungszwecke bis zu 2.000 US-Soldaten mit schwerem Gerät und Flugzeugen in der Ukraine aufhalten. Die Verfassung des Landes verbietet jedoch eine dauerhafte Stationierung.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6068143ab480cc58576c8624.jpg>

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 03.04.2021

In den letzten 24 Stunden, vom 2. auf den 3. April, hat der Gegner weitere

Feuerprovokationen begangen.

In Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **acht Feuerprovokationen** auf das Territorium unserer Republik begangen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko von den Positionen in der Nähe von Opytnoje, Peski und Wodjanoje sechsmal das Mörserfeuer auf **Spartak** und den **westlichen Rand von Donezk** eröffnet, dabei wurden 39 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und zwei Antipanzergranaten abgefeuert.

Nach Informationen von unseren Quellen erfolgte das Feuer durch zwei mobile Mörsermannschaften, die sich ständig entlang der Kontaktlinie zwischen Awdejewka und Perwomajskoje bewegten.

Es ist festzustellen, dass die „nomadisierenden“ Mörsermannschaften keine festen Zielanweisungen hatten, in Richtung von Wohngebieten der Republiken schossen, terroristische IS-Methoden einsetzten und das Leben und die Gesundheit der Zivilbevölkerung in tödliche Gefahr brachten.

Außerdem haben Kämpfer des 1. Bataillons der 28. Brigade, die vom Kriegsverbrecher Martschenko geleitet werden, von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus das Feuer mit Schützenpanzerwaffen auf **Staromichajlowka** eröffnet.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 58. Brigade von den Positionen in der Nähe von Peski **Shabunki** mit Mörsern beschossen und 25 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm darauf abgefeuert. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die ukrainischen Strafruppen setzen den Terror gegen die friedliche Bevölkerung der Republik fort, indem sie zielgerichtet die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung verletzen und die Normen der Genfer Konvention und des humanitären Rechts ignorieren.

So haben Kämpfer der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Anführers Schapowalow eine Drohne eingesetzt, die mit einer selbstgebauten Sprengvorrichtung beladen war. Als Objekt für den Terrorakt wählten die ukrainischen Kämpfer ein Wohngebiet von Alexandrowka, wo sie die Sprengvorrichtung in der Nähe eines Hauses in der Wtoraja-Doroshnaja-Straße 36 abwarfen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich zwei friedliche Einwohner im Hof. Infolge der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer starb ein Kind, geb. 2016, und eine örtliche Einwohnerin, geb. 1954, erlitt unterschiedlich schwere Verletzungen und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, wo ihr alle notwendige ärztliche Behandlung geleistet wurde.

...

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen neun Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgstruppenbrigade:

zwei Schützenpanzer in der Nähe von Mironowskij.

Aus dem Bestand der 58. mechanisierten Brigade:

zwei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in einem Wohngebiet von Galizyzowka.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

vier Schützenpanzer in der Nähe von privaten Wohnhäusern am westlichen Rand von Beresowoje und ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem Wirtschaftsgebäude in Georgijewka.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung verbotener Waffen der 10. Brigade zu verhindern, aktiv Stationen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische

Kriegsführung zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen im Gebiet von Sarja eingesetzt werden.

Außerdem stellen wir weitere eine **Behinderung der Arbeit der OSZE-Beobachter** von Seiten der ukrainischen Besatzer fest. Nach uns vorliegenden Informationen hat das Kommando der 36. Brigade den Befehl erteilt, mit beliebigen Mitteln zu verhindern, dass die Beobachter an Orte, wo von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen stationiert sind. So haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons Minengefahrschilder an einer Kreuzung der Autostraße, die auch nach Tschernenko führt, installiert, um die Fahrt von Patrouillen der OSZE-Mission nach Gnutowo zu verhindern, wo in den Höfen von Wohnhäusern getarnte Panzertechnik stationiert ist.

Wir rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, nicht nur die Fälle der Behinderung von Mitgliedern der Mission und Verminung von Örtlichkeiten zu registrieren, sondern auch Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen, um die Sicherheit des Verkehrs von Bürgern zu gewährleisten und um Tod und Verletzung friedlicher Einwohner zu verhindern.

Wie wir bereits erklärt haben, starb am 19. März auf den Positionen der 36. Brigade im Gebiet von Wodjanoje der Kämpfer der BFU Unterfeldwebel Grabar bei der Explosion einer Gasflasche auf einem Zugstützpunkt, drei weitere seiner Kameraden erlitten unterschiedlich schwere Brandverletzungen und wurden in das Hospital von Mariupol eingeliefert.

Traditionsgemäß gab das Kommando der ukrainischen Kämpfer diese Verluste als Ergebnis von Beschuss seitens der Volksmiliz aus.

Diese Geschichte hat eine Fortsetzung. Nach unseren Informationen wurde während der Installation von Minensperren im Gebiet, wo die Explosion an dem genannten Zugstützpunkt stattfand, eine weitere Leiche eines ukrainischen Kämpfers gefunden, der weder in den Verlusten beim Brigadekommando noch bei der Militärstaatsanwaltschaft erschienen war. Gemäß der uns vorliegenden Information wurde dieser Kämpfer mehrfach administrativ wegen eigenmächtigen Verlassens der Positionen zur Verantwortung gezogen, und sein weiteres Fehlen rief beim Kommando keine Beunruhigung hervor. Derzeit wird in der 36. Brigade von der Militärstaatsanwaltschaft eine Ermittlung zu seinem Tod durchgeführt sowie zum Fehlen von Kontrolle und Erfassung des Personals von Seiten des Kommandos.

Die Veröffentlichung eines Videos vom Selbstmord eines Kämpfers aus der 43.

Artilleriebrigade, des Soldaten Sajenko, rief beim Kommando des Verbandes einen Schockzustand hervor. Von der Militärstaatsanwaltschaft durchgeführte

Ermittlungsmaßnahmen haben bereits bestätigt, dass eine Gruppe von Kämpfern, darunter der Soldat Sajenko sich zum Zeitpunkt des Vorfalles unter Einfluss von Drogen befanden. Dieser Sachverhalt interessierte Mitarbeiter des SBU, die eine Woche zuvor ein Drogennetz hochgehen ließen, das Drogen in die 53. mechanisierte Brigade lieferte, wo am 28. März ein Kämpfer des 24. Bataillons „Ajdar“, der Kommandeur einer Abteilung Feldwebel Kischenew, unter starkem Drogeneinfluss (in der Folge der Einnahme von Heroin) in das Militärhospital von Mariupol eingeliefert worden war.

In jenem Fall gab es keinen tödlichen Ausgang, und der Brigadekommandeur Titenko kam mit einem Verweis davon. Aber der Selbstmord in der 43. Artilleriebrigade erregte ein solch breites öffentliches Aufsehen, dass der Kommandeur der 43. Brigade Dorochow, ohne den Abschluss der Ermittlungsmaßnahmen abzuwarten, einen Antrag auf Entlassung stellte, da er eine härtere Strafe aufgrund der Beschuldigung der Organisation von Lieferung und Absatz von Drogen fürchtete.

snanews.de: **Südkorea hofft auf Beistand Chinas bei Suche nach Frieden mit Nordkorea**

Südkorea erwartet von China, dass es bei den Bemühungen um Frieden mit Nordkorea eine Rolle spielt, meldet Reuters. Wie der südkoreanische Außenminister Chung Eui Yong der Nachrichtenagentur Yonhap zufolge am Samstag sagte, werde Chinas Staatschef Xi Jinping zu einem Besuch nach Südkorea eingeladen, sobald sich die Corona-Lage stabilisiert habe.

Der Besuch solle baldmöglichst vorbereitet werden, so Chung. Er hatte sich zuvor mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi in Xiamen in der VR China getroffen. Der Besuch ist Teil der ersten Reise eines südkoreanischen Außenministers nach China seit 2017. Die Volksrepublik ist der Hauptverbündete der weitgehend isolierten Führung in Nordkorea. „Südkorea und China teilen das gemeinsame Ziel einer vollständigen Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel und einer dauerhaften Friedenspolitik“, sagte Chung. Die beiden Staaten waren sich darüber einig, dass eine politische Lösung der Fragen bezüglich der koreanischen Halbinsel gesucht werden müsse. Bereits am Freitag hatten die nationalen Sicherheitsberater Südkoreas, Japans und der USA vereinbart, den Druck auf Nordkorea aufrechtzuerhalten, damit das Land sein Atom- und Raketenprogramm aufgibt. Nordkorea hat wiederholt Raketen getestet und damit heftige Proteste Südkoreas ausgelöst. Die beiden Staaten haben zwar nach dem Korea-Krieg 1950 bis 1953 einen Waffenstillstand vereinbart, jedoch keinen Friedensvertrag geschlossen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/18/1417143_0:0:3071:1728_1440x0_80_0_0_1ce04b71552dc5fac9462b6be0867f04.jpg

Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko

In den letzten 24 Stunden wurden **sechs Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung der Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 14. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Wojtschenko von den Positionen in der Nähe von Nowotoschkowskoje **Golubowskoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 15 Granaten abgefeuert.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer des 9. Bataillons der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte von den Positionen im Gebiet von Swetlodarsk aus mit 82mm-Mörsern auf **Losowoje** geschossen.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Fedossenkos zweimal **Solotoje-5** mit Granatwerfern beschossen. Von den Positionen des 10. Bataillons der 59. Brigade im Gebiet von Troizkoje haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow und von den Positionen des 3. Bataillons der 92. Brigade im Gebiet von Popasnaja auf persönlichen Befehl des Verbrechers Fedossenko ukrainische Strafruppen das Feuer auf **Kalinowo-Borschtschewatoje** eröffnet und zum ersten Mal seit dem Inkrafttreten der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung Artillerie des Kalibers 122mm eingesetzt. Insgesamt wurden auf die Positionen der Verteidiger der Republik 16 Geschosse abgefeuert.

Zur Gewährleistung der Sicherheit der friedlichen Bevölkerung der Republik **waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf die Positionen des Gegners, von denen aus das Feuer erfolgte, zu eröffnen.** Die Verluste des Feindes werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass **ein Soldat der Volksmiliz** bei der Verteidigung der Republik gegen die ukrainischen Aggression **tödlich verletzt** wurde. Wir bringen den Verwandten und Freunden des getöteten Verteidigers der Republik gegenüber unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Es wurde die Stationierung eines Schützenpanzers und eines Schützenpanzerwagens der 14. Brigade in der Nähe von Wohnhäusern in Orechowo-Donzkoje bemerkt. Außerdem wurde im Verantwortungsbereich der 59. Brigade im Gebiet von Troizkoje die Verlegung von zwei 122mm-Haubitzen D-30 bemerkt....

de.rt.com: **Kramp-Karrenbauer: Russland ist "für uns eine sehr greifbare Bedrohung"**

Laut der Verteidigungsministerin ist Russland eine "hybride Bedrohung", es drohen "Angriffe von innen". China hingegen wolle "die Weltordnung in seinem Sinne prägen". Die Konsequenz: kräftig aufrüsten, denn "Europa und der Westen dürfen nicht die Schwächeren sein".

Für Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer steht fest: Russland ist "für uns eine sehr greifbare Bedrohung, sowohl konventionell als auch atomar". Aber auch China sei "eine systemische und strategische Herausforderung" und stehe in einer "systemischen Auseinandersetzung" mit Deutschland. Das sagte die CDU-Politikerin in einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Ihre Schlussfolgerung lautet, dass die Bundeswehr deswegen fulminant aufgerüstet werden muss:

"Wenn wir sicher und in Wohlstand leben wollen, müssen wir in unsere Sicherheit investieren."

Aus Kramp-Karrenbauers Sicht steht Deutschland vor wachsenden Herausforderungen – "bei neuen Technologien, in Form von hybriden Bedrohungen, aber auch regional etwa mit Blick auf das Verhalten Russlands". Russland steht für die Verteidigungsministerin ganz vorne auf der Liste der Bedrohungen – insbesondere in Sachen "hybrider Bedrohung".

"Denn es geht um Angriffe, die auch von innen geführt werden. Dabei steht Deutschland nicht zuletzt bei Attacken, die mit Russland in Verbindung gebracht werden können, besonders oft im Fokus."

Da aus ihrer Perspektive die Sicherheit Deutschlands bedroht ist, macht Kramp-Karrenbauer deutlich, dass mehr in die Verteidigungsausgaben investiert werden müsse. Die aktuelle "mittelfristigen Finanzplanung" sehe "einen Anteil der Verteidigungsausgaben von 1,2 Prozent am Bruttoinlandsprodukt". Das sei "nicht tragbar" und "nicht einmal annähernd ausreichend für die Weiterentwicklung unserer Fähigkeiten, um den Bedrohungen wirksam begegnen zu können". Es müssten die "großen Rüstungsprojekte" wie etwa "die Nachfolge des Kampfflugzeuges Tornado, der Ersatz der veralteten Flottendienstboote, die Beschaffung von Luftfahrzeugen zur U-Boot-Abwehr sowie ein Taktisches Luftverteidigungssystem" abgesichert werden, außerdem "Digitalisierungsprojekte oder ein neuer Schwerer Transporthubschrauber". Derzeit sieht die Verteidigungsministerin bis 2025 "eine Differenz" zum errechneten Bedarf an Rüstungsausgaben "im deutlich zweistelligen Milliardenbereich". "Wir brauchen mehr Geld für die Sicherheit Deutschlands und Europas, diese Realität sollten wir anerkennen. [...] Wir werden auf jeden Fall mehr Geld in die Hand nehmen müssen."

Hoffnungen setzt Kramp-Karrenbauer diesbezüglich auf "die nächsten Koalitionsverhandlungen". Bisläng haben "SPD-interne Debatten" bestimmte Rüstungsprojekte – wie etwa "bewaffnete Drohnen", die Kramp-Karrenbauer "gern" gehabt

hätte – zunichtegemacht.

"Europa und der Westen, dürfen nicht die Schwächeren sein"

Zu den großen Herausforderungen zählt die Verteidigungsministerin nach Russland auch China auf:

"Russland mit seinem Waffenarsenal ist anders als China für uns eine sehr greifbare Bedrohung, sowohl konventionell als auch atomar. Allerdings hat China einen sehr ehrgeizigen Plan, nämlich die eigene Armee zur größten und modernsten der Welt zu machen."

Zwar sei China "ein ganz wichtiger Handels- und Wirtschaftspartner", aber gleichzeitig "eine systemische und strategische Herausforderung". Besonders kritisiert Kramp-Karrenbauer angebliche Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren in China, die "unserem Verständnis einer universellen Geltung von Menschenrechten" widersprechen.

"Wir sind Teil der westlichen Welt und müssen dafür sorgen, dass die Menschenrechte gelten."

China hingegen habe "erkennbar den Anspruch, die Weltordnung in seinem Sinne zu prägen und dafür Schwächere zu bestimmtem Verhalten zu zwingen". Kramp-Karrenbauer betont, was das aus ihrer Sicht bedeutet:

"Wir, das heißt Europa und der Westen, dürfen nicht die Schwächeren sein. [...] Wenn wir wollen, dass die künftige Welt so aussieht, wie wir uns das aus demokratischer Sicht wünschen, müssen wir etwas tun."

Aus diesem Grund entsendet die Bundesmarine im August "eine Fregatte in den Indopazifik". Das soll laut Kramp-Karrenbauer "als Zeichen verstanden" werden: "Die Situation im Indopazifik geht uns natürlich etwas an." Es sei "im deutschen und europäischen Interesse", für "freie Handelswege", "territoriale Unversehrtheit" und die Stärkung "unserer demokratischen Partner in der Region wie Australien, Japan, Südkorea oder Singapur" zu sorgen. Deswegen dürfe man "nicht nur schöne Worte machen", sondern müsse "wirklich etwas tun".

Abzug aus Afghanistan – neue Bundeswehreinätze in Afrika?

Kramp-Karrenbauer verteidigt im Interview ihr Ziel, die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen – allerdings nicht sofort, denn dann "gäbe es für die Taliban wenig Grund, am Verhandlungstisch zu bleiben". Es gehe aber mit der Mandatsverlängerung "nicht um eine dauerhafte Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan". Man habe nicht "zwangsläufig" vor, "bis Januar 2022 zu bleiben, auch wenn das das Enddatum des verlängerten Mandats ist".

Vielmehr gehe es um einen "geordneten Abzug".

Bis dahin sieht Kramp-Karrenbauer aber eine "größere Bedrohung" der Bundeswehr-Soldaten, da die Taliban erklärt hätten, sich nach dem 30. April nicht mehr an das Abkommen von Doha zu halten, und "wieder Gewalt gegen die internationalen Truppen" planten. Deswegen sollen "Verstärkungskräfte, zusätzliche Bewaffnung, Ausrüstung und Munition schnell dorthin gebracht" werden.

Trotz einer möglichen Rückkehr der Taliban an die Macht hält die Verteidigungsministerin den Einsatz in Afghanistan für einen Erfolg. Schließlich habe "der Terror von al-Qaida in Afghanistan" seinen "staatlich unterstützten Vorbereitungs- und Rückzugsraum" verloren. Es gebe außerdem "durchaus auch Erfolge" in Sachen "Frauenrechte und Demokratie", die "gemessen an der Ausgangssituation nicht gering geachtet werden dürfen". Zudem habe "die Bundeswehr selbst aus 20 Jahren Afghanistan militärisch sehr viele Lehren gezogen".

Für künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr fordert Kramp-Karrenbauer allerdings eine realistischere Zielsetzung. Wörtlich benennt sie "das nächste deutsche Engagement, zum Beispiel in der Sahelzone".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6068642db480cc1a616ba1b1.jpg>

Dan-news.info: Am ersten gesamtstädtischen Subbotnik in Donezk in diesem Jahr nahmen mehr als 12.000 Einwohner der Hauptstadt der DVR teil, teilte die Stadtverwaltung mit. Es wurden 65 Stück Technik eingesetzt.

Es wurden nicht nur Plätze und Parks gereinigt, sondern auch Straßen, Bürgersteige, Gelände um Häuser, es wurden 19 wilde Müllkippen beseitigt und etwa 2000 Pflanzen gesetzt.

abends:

snanews.de: **Daten von 533 Millionen Facebook-Nutzern durchgesickert – Medien**

Persönliche Daten und Telefonnummern von 533 Millionen Nutzern des sozialen Netzwerks Facebook aus 106 Ländern sind laut einem Bericht des digitalen Wirtschaftsmagazins „Business Insider“ von Samstag in einem Hacking-Forum veröffentlicht worden.

Demnach handelt es sich um Telefonnummern, vollständige Namen, Angaben über die Standorte, E-Mail-Adressen und biografische Informationen, die kostenlos verfügbar sind. Es seien mehr als 32 Millionen Datensätze zu Nutzern in den USA, 11 Millionen zu Usern in Großbritannien und sechs Millionen zu Nutzern in Indien publik gemacht worden, so dass diese für alle Personen mit rudimentären Datenkenntnissen allgemein verfügbar seien.

Alon Gal, der Chief Technology Officer (CTO) der Cyber-Kriminalitäts-Firma Hudson Rock, sagte gegenüber dem „Business Insider“, dass die durchgesickerten Daten den Cyberkriminellen wertvolle Informationen liefern könnten, und die Täter sich als die betroffenen Personen ausgeben oder diese betrügen könnten.

„Eine Datenbank dieser Größe, die private Informationen wie Telefonnummern vieler Facebook-Nutzer enthält, würde sicherlich dazu führen, dass Täter die Daten nutzen, um Social-Engineering-Angriffe [oder] Hacking-Versuche durchzuführen“, so Gal.

Gal hatte im Januar zum ersten Mal auf Twitter mitgeteilt, dass ein Benutzer im selben Hacking-Forum über einen Bot in Telegram Telefonnummern von Hunderten Millionen Facebook-Benutzern verkauft. Nun seien die Daten kostenlos verfügbar.

Facebook habe nicht auf mehrere Anfragen nach Kommentaren reagiert, hieß es weiter. Das Unternehmen Facebook und das gleichnamige soziale Netzwerk wurden 2004 von Mark Zuckerberg gegründet. Der Hauptsitz befindet sich in Kalifornien (USA). Facebook besitzt neben WhatsApp eine Reihe weiterer beliebter Dienste wie Messenger und Instagram.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0a/97564_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_13317a646d2865989b6ff746e8edb57a.jpg